

ZEITZEICHEN

Viel zu kalt



Joerg Helge Wagner
über Phantom-Pazifismus

Endlich, der Weltfrieden ist ausgebrochen! Doch, wirklich! Oder sehen Sie irgendwo eine Demonstration friedensbewegter Menschen, eine Sitzblockade, ein „Die-in“ (da spielt man Leiche)? Hören Sie ein Solidaritätskonzert für die Opfer irgendeiner finsternen Despotie, einer aggressiv-imperialistischen Macht? Eben. Vor den Botschaften Syriens, Irans, Iraks und Saudi-Arabiens, vor den Vertretungen Russlands oder der Ukraine – überall herrscht schon werktags sonntägliche Ruhe. Nicht einmal vor israelischen oder US-amerikanischen Institutionen protestiert irgendwer gegen irgendetwas. Das muss der Weltfrieden sein, der Anbruch des Goldenen Zeitalters, das Paradies, Nirvana...

Oder üben alle die wackeren anti-imperialistischen Radikalpazifisten, all die friedfertigen Bergprediger bloß Fernsehrecht? Haben sie ihren PCs den Stecker gezogen und aus ihren Smartphones und Tablets die SIM-Karte entfernt? Um Ruhe und Kraft zu schöpfen für die bald wieder anstehenden Ostermärsche?

Ist es einfach nur zu kalt? Zu kalt, um draußen auf der Straße Haltung zu zeigen gegen einen Angriffskrieg mitten in Europa – oder dagegen, dass ein Gewalt Herrscher seit drei Jahren sein eigenes Volk massakriert, keine vier Flugstunden von hier, im Nahen (!) Osten. Als im vorigen Jahr die Israelis den Gazastreifen bombardierten, weil zuvor die Hamas Israel nahezu täglich mit Raketen eingedeckelt hatte, ja, da marschierte man noch zu Zehntausenden los. Man war auch nicht wählerisch, was die Provenienz einiger Mitmarschierer und deren Parolen betraf. Aber es war eben auch Sommer und es gab jeden Abend diese Aufnahmen von verschreckten, verwundeten Menschen, Kindern.

Aus Debalzewo gibt es nur wenige Aufnahmen. Meistens sind Soldaten oder alte Leute zu sehen. Kinder haben hier scheinbar nie gewohnt oder sie sind schon geflohen mit ihren Eltern – zum Glück, dann muss man ja auch nicht demonstrieren.

Dafür muss man ja bei der Ukraine oder auch Syrien ganz, ganz besonders vorsichtig sein, mit wem man sich denn da solidarisiert könnte. In Syrien kämpfen doch eh nur noch die Halsabschneider des IS gegen Diktator Assad. Und „im Internet“ kann ja jeder sehen, dass das ukrainische Asow-Bataillon eine Rune, eine „Wolfsangel“ im Wappen führt. Ha! Nazis also! Dann wird der Rest der ukrainischen Truppen auch zumeist aus Faschisten bestehen. Und für die soll die schöne, unschuldige Regenbogen-Fahne wehen? Mit „Peace“ auf der einen und „Pace“ auf der anderen Seite? Never! Basta!

Dabei kann man im Internet auch finden, dass jüdische Wissenschaftler, Publizisten und Geistliche schon vor Monaten in der Ukraine einen Rückgang des Antisemitismus bezeugten – dafür aber vor dessen Zunahme in Russland warnten. Oder, dass der ukrainische Vize-Premier Groysman Jude ist. Aber müssen die sich in Debalzewo deshalb gleich so aggressiv verteidigen? Die hätten sich doch einfach von den Russen besetzen lassen können – quasi so wie „wir“ '45 von den Amis. Ja, es ist zu kalt für Friedensmärsche. Viel zu kalt. Wärmer wird es erst wieder, sobald die USA der Ukraine Waffen liefern. Warten?

joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Briefanschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Michael Sulenski, Leiter Vermarktung

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69. Keine Gewähr für fernmündlich aufgegebene Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 04 21 / 36 71 0
Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 11 00

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Abonnenten-Service Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
(8 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 / 36 71 10 20

Nachliefer-Service Telefon: 0800 / 36 71 222*
(8 bis 11 Uhr) (*Kostenlos aus dem Festnetz)

E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de



Ziemlich beste Freunde

© MARIO LARS

Tsipras hat recht

In Griechenland ist die Rettungspolitik gescheitert. Rund 240 Milliarden Euro Steuergelder sind geflossen. Mit zwei Schuldenschnitten wurden die Zahlungspflichten Griechenlands drastisch gekürzt, und dennoch steigt die griechische Staatsverschuldung weiter an. Als Bedingung für neue Hilfsmilliarden musste Griechenland sich einem Anpassungsprogramm unterwerfen, das Strukturformen und drastische Kürzungen bei den Staatsausgaben, insbesondere auch im Sozialbereich, vorsieht.

Das die neue griechische Regierung die vereinbarten Reformen nicht umsetzen will, kann sie nicht mit dem Wahlergebnis rechtfertigen. Verträge sind auch nach einer Wahl bindend. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und sein Finanzminister Giannis Varoufakis werden in der Öffentlichkeit daher als Rabauken wahrgenommen werden, die sich nicht an die Regeln halten wollen.

Aber in zwei zentralen Punkten haben sie recht: Erstens sind die Rettungsmilliarden nicht dem einfachen Volk in Griechenland zugute gekommen, sondern vor allem Banken und anderen Großinvestoren. Nicht Griechenland wurde gerettet, sondern internationale Finanzinstitute und griechische Multimillionäre. Und zweitens ist Griechenland längst pleite. Varoufakis: „Ich bin der Finanzminister eines bankrotten Landes.“ Und Tsipras: „Der griechische Staat ist seit 2010 nicht mehr dazu in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen.“ Die Rettungspolitiker hätten fälschlich so agiert, als handele es sich nicht um einen Staatsbankrott, sondern nur um einen vorübergehenden Liquiditätsengpass. Mit den Finanzhilfen habe man die unabwendbare Pleite nur hinausgezögert.

Das stimmt. Tsipras und Varoufakis haben sich vor allem deshalb unter den

europäischen Politikern so unbeliebt gemacht, weil sie die Wahrheit aussprechen.

Wie also wird es weitergehen? Die Rettungspolitiker werden so weitermachen wie bisher, wenn nur die Griechen klein beigeben und sich erneut einem Anpassungsprogramm nach Brüsseler Vorgaben unterwerfen. Aber die Gewährung neuer Rettungsmilliarden wäre nicht nur ökonomisch unsinnig, sondern auch klar rechtswidrig. Griechenland ist nicht kreditfähig, und eine Wiedererlangung der Kreditfähigkeit ist nicht absehbar. Die Konsumquote in Griechenland liegt bei 121 Prozent des verfügbaren Einkommens. Für jeden Euro, der in Griechenland erwirtschaftet wird, werden also 1,21 Euro ausgegeben. Deshalb verschwindet jede neue Finanzhilfe in einem Fass ohne Boden. Ein neues Hilfspaket liefe auf Konkursverschleppung hinaus. Nach dem Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sind Finanzhilfen nur zulässig, wenn die Staatsverschuldung tragfähig ist. Diese Voraussetzung ist bei Griechenland eindeutig nicht gegeben.

Außerdem machen der ESM-Vertrag und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Finanzhilfen davon abhängig, dass dies „zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt unabdingbar“ ist. Es reicht also nicht aus, dass ein einzelner Eurostaat – Griechenland – in finanziellen Schwierigkeiten ist, sondern als Folge davon müsste die Finanzstabilität der gesamten Eurozone in einem solchen Maße gefährdet sein, dass ESM-Hilfen unabdingbar sind.

Während bei den ersten zwei Griechenland-Rettungspaketen die Rettungspolitiker davon ausgingen, dass eine Insolvenz Griechenlands Dominoeffekte zur Folge hätte, die die ganze Eurozone erschüttern müssten, ist es heute Konsens, dass im Falle der Insolvenz Griechenlands mit keinen erheblichen Erschütterungen zu rechnen wäre. Die Rating-Agentur S&P hat dies gerade bestä-

tigt. Denn anders als damals sind Banken anderer Eurostaaten heute nicht mehr in erheblichem Umfang in griechischen Staatsanleihen investiert, so dass keine Bankpleiten in anderen Staaten drohen. Somit ist ein neues Hilfspaket für Griechenland nicht unabdingbar, um die Finanzstabilität der Eurozone zu sichern.

Ökonomisch betrachtet braucht Griechenland eine andere Lösung. Nur mit einer eigenen Währung, die es abwerten kann, kann Griechenland wieder wettbewerbsfähig werden. Und nur so kann Griechenland dem „Diktat der Troika“ entkommen und seine Eigenverantwortlichkeit zurückgewinnen. Innerhalb der Eurozone hingegen hinge Griechenland dauerhaft am Trof der Transferleistungen anderer Staaten. Unabhängig von allen ökonomischen und politischen Erwägungen aber ist es erschreckend, dass für die an den Verhandlungen beteiligten Politiker rechtliche Gesichtspunkte keine Rolle zu spielen scheinen. Man ist drauf und dran, die Regeln, die man gerade in den ESM-Vertrag und in den AEUV geschrieben hat, schon wieder über Bord zu werfen. Ein verlässlicher rechtlicher Rahmen ist aber die notwendige Grundlage einer Währungsunion. Mit der Missachtung des Rechts wird diese Grundlage erschüttert.

Zur Person

Dietrich Murswiek (66) ist Professor für Staatsrecht an der Universität Freiburg und Direktor des Instituts für Öffentliches Recht. Er vertritt den CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler im Prozess gegen die Staatsanleihenkäufe der EZB vor dem Bundesverfassungsgericht.



Denn anders als damals sind Banken anderer Eurostaaten heute nicht mehr in erheblichem Umfang in griechischen Staatsanleihen investiert, so dass keine Bankpleiten in anderen Staaten drohen. Somit ist ein neues Hilfspaket für Griechenland nicht unabdingbar, um die Finanzstabilität der Eurozone zu sichern.

Ökonomisch betrachtet braucht Griechenland eine andere Lösung. Nur mit einer eigenen Währung, die es abwerten kann, kann Griechenland wieder wettbewerbsfähig werden. Und nur so kann Griechenland dem „Diktat der Troika“ entkommen und seine Eigenverantwortlichkeit zurückgewinnen. Innerhalb der Eurozone hingegen hinge Griechenland dauerhaft am Trof der Transferleistungen anderer Staaten. Unabhängig von allen ökonomischen und politischen Erwägungen aber ist es erschreckend, dass für die an den Verhandlungen beteiligten Politiker rechtliche Gesichtspunkte keine Rolle zu spielen scheinen. Man ist drauf und dran, die Regeln, die man gerade in den ESM-Vertrag und in den AEUV geschrieben hat, schon wieder über Bord zu werfen. Ein verlässlicher rechtlicher Rahmen ist aber die notwendige Grundlage einer Währungsunion. Mit der Missachtung des Rechts wird diese Grundlage erschüttert.



Unbequeme Wahrheiten: Griechenlands Finanzminister Giannis Varoufakis (links) und Premier Alexis Tsipras.

FOTO: DPA

KOMMENTAR

Motive



Frauke Fischer
zum Volksbegehren

Wenn sich Politik und Verwaltung gegen ein Volksbegehren stellen, kommen sie schnell in den Ruch, demokratische Verfahren verhindern zu wollen. Doch wer sich den aktuellen Fall in Bremen genau anschaut, wird ein solch vorschnelles Urteil vermeiden. Mehr Demokratie, mehr Beteiligung von Bürgern hat in den vergangenen Jahren vielfach zu guten Ergebnissen geführt, zu mehr Transparenz in Verfahren und Projekten, zu mehr Informationen darüber. Sachverstand von Bürgern hat mehr Gehör bekommen, ist in Entscheidungen und Pläne eingeflossen, hat diese dadurch oftmals abgewandelt, also mit gestaltet. Und das ist gut.

Dass der Senat – immerhin auch ein demokratisch legitimes Organ – im aktuellen Fall prüft, ob der Bürgerantrag für das weitere Verfahren mit dem Ziel eines Volksentscheids juristisch überhaupt zulässig ist, gehört zu seinen Aufgaben. Dafür gibt es gesetzliche Grundlagen. Kriterien müssen erfüllt, Vorgaben eingehalten werden. Auch das gehört zu einem demokratischen Beteiligungsverfahren, das für alle die gleichen Chancen sichern soll. Damit verbunden sind auch hohe Kosten. Und: Es soll vermieden werden, dass Partikularinteressen Vorrang vor dem Gemeinwohl bekommen. Das ist wichtig.

Die Initiativen, die es durch ihren Zusammenschluss und die Bündelung von Interessen leichter hatten als andere Gruppierungen, die erforderliche Zahl von Unterschriften zusammenzubekommen, müssen sich die Prüfung also gefallen lassen, notfalls auch die Entscheidung, ihr Begehren sei nicht rechtens. Ob sie dann noch den Staatsgerichtshof bemühen sollten? Die Frage müssen sich die Mitglieder selbst beantworten. Vor allem aber die Frage nach ihren ureigenen Motiven.

frauke.fischer@weser-kurier.de

PRESSESTIMMEN

Braunschweiger Zeitung

zu den Ermittlungen gegen den Celler Generalstaatsanwalt: „Lüttig hatte sich im Fall Wulff in Interviews als Generalstaatsanwalt weit aus dem Fenster gelehnt, um die gegen Wulff vorgehende Staatsanwaltschaft Hannover zu verteidigen. Als Aushängeschild der Justiz gab Lüttig dabei kein gutes Bild ab. Strafbar ist das allerdings nicht. Wird nun gegen den CDU-Mann Lüttig geschossen, um vom ‚SPD-Prozess‘ gegen Edathy abzulenken? Als Quellen für Indiskretionen kommen ganz grundsätzlich viele in Frage: Polizeimitler und -behörden ebenso wie Anwälte, die anschließend über Vorverurteilung lamentieren. Noch weiß die Öffentlichkeit nicht, wie es gewesen ist. Das Vertrauen in eine allzeit blütenweiße Justiz wäre aber nur eines: restlos naiv.“

Landeszeitung Lüneburg

zum selben Thema: „Der Vorgang in Gänze untergräbt die Glaubwürdigkeit des Justizapparats, nicht zuletzt in Hinblick auf seine politische Unabhängigkeit. ... Die Krönung der für den Rechtsstaat so traurigen Geschichte: Minuten bevor Ministerin Antje Niewisch-Lennartz den Landtag informierte, berichtete der NDR bereits über das Verfahren. Wer mag die Infos wohl durchgesteckt haben?“

Bonner General-Anzeiger

zur Einigung im Schuldenstreit mit Griechenland: „Der neue Vertrag, um den in den kommenden Monaten noch heftig gerungen wird, nimmt die Athener Führung in die Mitverantwortung, indem man ihr mehr Spielraum zur Gestaltung lässt. Die nächsten Wochen müssen nun genutzt werden, um all jene Wachstumsimpulse auf den Weg zu bringen, auf die die Griechen so sehr angewiesen sind. Denn in der Lage, auf eigenen Füßen zu stehen, ist das Land noch nicht.“

WESER-KURIER LIVE



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Das heißt: Mit Ihrem Smartphone, Tablet-PC und der App **WESER-KURIER LIVE** (kostenlos im App-Store und bei Google Play) können digitale Inhalte wie Videos, Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und weitere Informationen abgerufen werden. Bei aktivierter App auf „Scan“ tippen, mit der Kamera das Bild erfassen und schon wird der **WESER-KURIER** lebendig!